



004-1/3/2021/GR

Niederschrift

über die Sitzung des **Gemeinderates** am

Mittwoch, 26. Mai 2021, um 18:30 Uhr,

im Turnsaal der Volksschule Maria Saal, Ratzendorfer Straße 2, 9063 Maria Saal

I. Öffentlicher Teil:

Fragestunde

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung von Protokollfertigern
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Verordnung über die Referatsaufteilung gem. § 69 - K-AGO
5. Bestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes der Ortsbildpflegekommission gem. § 11 des Kärntner Ortsbildpflegegesetzes 1990 – K-OBG
6. Bestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes der Grundverkehrskommission gem. § 11 des Kärntner Grundverkehrsgesetzes 2002 – K-GVG
7. Bestellung der Mitglieder der Schlichtungsstelle für Wildschadensangelegenheiten gem. § 77 Kärntner Jagdgesetz 2000 - K-JG
8. Mitglieder des Beirates der Maria Saaler Beteiligungs- und Infrastruktur GmbH
9. Bestellung eines Vertreters und Ersatz für den Abfallwirtschaftsverband Klagenfurt
10. Bestellung eines Vertreters und Ersatz für den Wasserverband Wörthersee Ost
11. Einverständnis der Kontaktdatenweitergabe der Gemeinderatsmitglieder
12. Vorratsbeschluss Vertretung Landesverwaltungsgericht
13. Angelegenheiten des Ausschusses für die Kontrolle der Gebarung
14. Änderung der Zeichnungsberechtigungen
15. Eröffnungsbilanz 2020 – Anpassungen
16. Rechnungsabschluss 2020
17. Finanzierungsplan ABA BA 22 (div. Erschließungen)
18. Tarifierpassung Kindergarten Maria Saal
19. Tarifierpassung Kindertagesstätte Maria Saal
20. Zusatzvereinbarung zum Wasserliefervertrag WG St. Michael/Zollfeld
21. Änderung des Flächenwidmungsplanes 04/2020 (Hubert Greiner)
22. Änderung des Flächenwidmungsplanes 02/2017 (Römisch-katholische Pfarrkirche St. Michael/Zollfeld)

II. Nicht öffentlicher Teil:

Personalangelegenheiten

Anwesend:

- | | |
|---|---|
| 1. 1.Vzbgm Ing. Klaus Poscharnig | 2. GV ⁱⁿ Mag.a Christine Wernig, LL.M. |
| 3. GR Rainer Greilberger | 4. GR Mag. Ernst Ruhdorfer |
| 5. GR ⁱⁿ Mag. ^a Doris Kohlweg, Bakk. | 6. GR Michael Schmid |
| 7. GR Franz Schöffmann, BSc. | |
| 8. Bgm. Franz Pfaller, | 9. 2.Vzbgm. Ing. Karsten Steiner |
| 10. GR ⁱⁿ Mag. ^a Bronwen Arbeiter-Weyrer, Bakk. | 11. GR Peter Pucker |
| 12. GR DI Alexander Lerchbaumer, BSc. | 13. GR Mag. Stefan Wakonig |
| 14. GV Mag. Hans Jörg Zwischenberger | 15. GR ⁱⁿ Mag. ^a Silvia Schell-Sabitzer |
| 16. GR Ing. Kurt Mattersdorfer | 17. GR ⁱⁿ Mag. ^a Angelika Granitzer |
| 18. GR ⁱⁿ Ruth Andrea Gerl, MSc, MEd | 19. GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag |
| 20. GR ⁱⁿ Mag. ^a Barbara Kothmiller-Uhl | |
| 21. GR Josef Krammer | 22. GR Thomas Gratzer |
| 23. GR Dieter Fleißner | |
| 24. AL-Stv. ⁱⁿ Sabrina Hedenig | 25. FV ⁱⁿ Mag. ^a Sarah Jannach |

Schriftführer: Niederschrift und Reinschrift: Lisa Meisterl, BA

Für den Inhalt verantwortlich

AL-Stv.ⁱⁿ Sabrina Hedenig, gem. § 45 Abs. 1, K-AGO i.d.g.F.

Hinweis: Diese Niederschrift enthält zu den einzelnen Tagesordnungspunkten die gestellten Anträge, die Abstimmungsergebnisse und die zur Beschlussfassung wesentlichen, dem Sinne nach wiedergegebenen Diskussionsbeiträge bzw. wörtlich geforderten Zitierungen.

I. Öffentlicher Teil:

Fragestunde:

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister Franz Pfaller begrüßt die Gemeinderatsmitglieder, die AL-Stv.ⁱⁿ Sabrina Hedenig, die FVⁱⁿ Mag.^a Sarah Jannach und die Schriftführerin Frau Lisa Meisterl, BA, sowie die erschienenen Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestellung von Protokollfertigern

Zu Protokollfertigern gem. § 45 Abs. 4 K-AGO werden GRⁱⁿ Mag.^a Silvia Schell-Sabitzer und GRⁱⁿ Mag.^a (FH) Barbara Kothmiller-Uhl vom Bürgermeister Franz Pfaller bestellt.

Der Bürgermeister Franz Pfaller stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 23. Schenkungsvertrag KPG Kollitsch, Übernahme ins öffentliche Gut, Verordnung in die Tagesordnung aufzunehmen.

Einstimmiger Beschluss

Der Bürgermeister Franz Pfaller stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 21. Änderung des Flächenwidmungsplanes 04/2020 (Hubert Greiner) von der Tagesordnung zu nehmen.

Einstimmiger Beschluss

Der Bürgermeister Franz Pfaller stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 24. Richtigstellung der Niederschrift in die Tagesordnung aufzunehmen.

**17/6 Mehrheitsbeschluss
SPÖ dagegen**

Der Bürgermeister Franz Pfaller stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 24. Richtigstellung der Niederschrift vor dem Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

**17/6 Mehrheitsbeschluss
SPÖ dagegen**

Der Tagesordnungspunkt 24. Richtigstellung der Niederschrift wird vorgezogen

Auf Verlangen des 1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig wird nach Rücksprache mit der Abt. 3/Mag.^a Claudia Grollitsch-Wernig die Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 14.04.2021 richtiggestellt. Es folgt die ersatzlose Streichung der Wortmeldung des 2.Vzbgm. Ing. Karsten Steiner unter dem Tagesordnungspunkt 7 Bildung und Wahl der Ausschüsse gemäß § 26 K-AGO. In diesem Zusammenhang wird auf § 45 Abs. 3 K-AGO verwiesen. Die Protokollfertiger werden ersucht am Ende der Sitzung das richtiggestellte Protokoll zu unterfertigen.

3. Bericht des Bürgermeisters

Ich darf mit Stolz mitteilen, dass ich heute von 17 Bürgermeistern zum Vorsitzenden des Gemeindebundes für den Bezirk Klagenfurt Land gewählt wurde.

Ich darf mitteilen, dass wir eine vierte Kindergartengruppe haben werden und diese von der zuständigen Förderstelle des Landes Kärnten genehmigt wurde. Für diese wäre baulich zwar kein Platz, jedoch ist es mir in Zusammenarbeit mit VDⁱⁿ Marina Slanic gelungen, den Raum der roten Gruppe/GTS als Provisorium zu nutzen. Hier finden alle Maria Saaler Kinder Platz, die sonst abgewiesen hätten werden müssen. Der Gemeinderat ist nun gefordert etwas zu schaffen, da diese Lösung befristet auf das kommende Bildungsjahr ist.

Es gab ein Gespräch mit den beiden Geschäftsführern des LWBK und hier wurde mir etwas Positives mitgeteilt, nämlich, dass im Jahr 2023 die Baustufe 2 (drei Blöcke) in der Rudolf

Lenthe Straße gebaut werden soll, wobei ein Block als betreutes Wohnen gebaut werden könnte.

Weiters gab es einen Antrittsbesuch beim Gemeindereferenten Landesrat Ing. Daniel Fellner. Das Wesentliche ist, dass dezidiert gesagt wurde, dass wir in Maria Saal eine besondere Konstellation mit fünf Parteien im Gemeinderat haben und auch hier sollte Einigkeit herrschen, um Unterstützung für diverse Projekte zu bekommen.

Bei den großen Maria Saaler Betrieben (Spar, Gebrüder Weiss) gab es ebenso Antrittsbesuche, um die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung zu besprechen.

Auch die Nachfolge von Herrn Dr. Kollmitzer, Herrn Dr. Laschitz, durfte ich bereits kennenlernen. Herr Dr. Wilhelmer hat mitgeteilt, dass er noch weiter im Dienst bleibt. Der Zahnarzt, der nach Maria Saal kommen soll, Herr Dr. Kretschmaier, ist auf der Suche nach Räumlichkeiten, in denen er eine Ordination eröffnen kann.

4. Verordnung über die Referatsaufteilung gem. § 69 - K-AGO

2.Vzbgm. Ing. Karsten verliest den Verordnungsentwurf über die Referatsaufteilung gem. § 69 – K-AGO der SPÖ Gemeinderatsfraktion.

1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig verliest den Verordnungsentwurf über die Referatsaufteilung gem. § 69 – K-AGO der ÖVP Gemeinderatsfraktion.

GR Josef Krammer: Wir haben uns innerhalb der Fraktion viele Gedanken gemacht und sind gemeinsam zum Entschluss gekommen, dass wir dem Antrag mit der Aufteilung auf sechs Referenten unterstützen bzw. zustimmen.

Der Bürgermeister Franz Pfaller stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 4. Verordnung über die Referatsaufteilung gem. § 69 – K-AGO in geheimer Wahl abzustimmen.

**14/9 Mehrheitlich abgelehnt
(SPÖ, FPÖ dafür
ÖVP, BL, Grüne dagegen)**

2.Vzbgm. Ing. Karsten Steiner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Der heutige Tagesordnungspunkt Verordnung über die Referatsaufteilung gem. § 69 der K-AGO spiegelt sich in einer gewissen Art und Weise auch mit der Vorgangsweise bei dem in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossenen Tagesordnungspunkt „Bildung und Wahl der Ausschüsse“. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und nochmals rückwirkend den genauen Ablauf der Verhandlungsgespräche Euch allen darstellen. Nach dem Ergebnis der Gemeinderatswahl vom 28. Feber 2021 und der Bürgermeisterstichwahl vom 14.März 2021 war klar, Franz Pfaller ist der neue Bürgermeister der Marktgemeinde Maria Saal und es sind fünf Fraktionen im neu gewählten Gemeinderat vertreten. Alle gewählten Mandatäre haben sich dazu bekannt, nach besten Wissen und Gewissen unparteiisch und uneigennützig zum Wohle der Marktgemeinde Maria Saal, zum Wohle der Maria Saalerinnen und Maria Saaler zu arbeiten. Es war und ist allen klar, politische Zerwürfnisse müssen der Vergangenheit angehören, nur gemeinsam bringen wir etwas für Maria Saal weiter. Mit allen GEMEINSAM das Beste für unser Maria Saal bewirken! Ich möchte heute nicht den gesamten Inhalt meiner damaligen Stellungnahme wiedergeben, jedoch ist es mir wichtig gewisse Kernbotschaften nochmals in Erinnerung zu rufen. Der Bürgermeister und die

Bürgermeisterpartei haben alle Fraktionen zu einzelnen Parteiengesprächen eingeladen, um allen Fraktionen die Möglichkeit zu geben, Ihre Vorschläge, Ideen und Wünsche zur Gestaltung einer gemeinsamen politischen Arbeit gegenseitig darzustellen. Als es dann darum ging, eine konsolidierende Meinung aller Fraktionen in einem gemeinsamen Parteiengespräch zu erarbeiten, wurde dies abgelehnt, da es im Hintergrund – vor allem ohne einen gemeinsamen Gedanken – bereits einen fix und fertigen Antrag auf Bildung der Ausschüsse seitens der ÖVP, der Liste Zwischenbergen und der Grünen gab. Dieser Vorschlag – 7 Ausschüsse mit jeweils 7 Mitgliedern - wurde in der konstituierenden Sitzung am 14. April dann auch mit mehrheitlicher Zustimmung angenommen. Nebenbei erwähnt seien nochmals erwähnt die Mehrkosten in der Höhe von ca. 10.000 Euro pro Jahr oder anders gesagt 60.000 für die kommende Legislaturperiode. Mit dem Geld könnten wir so einiges finanzieren. Was uns in dieser Angelegenheit noch bestärkt war der Applaus vieler Nicht-SPÖ-Gemeinderäte und vor allem auch die Rückmeldungen der Bevölkerung nach unserer Aussendung. Auch wenn Vizebürgermeister Poscharnig meine Wortmeldung offiziell wegen eines Formalfehlers, der mir leider in der doch spürenden Aufregung aller in der konstituierenden Sitzung unterlaufen ist, nicht im Gemeinderatsprotokoll haben will, bleibt die Tatsache im Raum stehen, dass durch Euren Antrag zur Bildung der Ausschüsse mehr als 60.000 Euro Mehrkosten bleiben. Traurig in diesem Zusammenhang ist noch, dass scheinbar innerhalb Eurer Fraktionen zu dem Thema viel zu spät oder auch gar nicht kommuniziert wurde. Gemeinderäte aus Euren Fraktionen beschwerten sich, am Ende stellte sich jedoch heraus, dass sie vielfach in den eigenen Reihen nicht über Termine und Vorgangsweisen informiert wurden. Das ist jedoch Euer Fraktionsthema! Ist dies nun die neue Art und Weise, wie der Gemeinderat in Maria Saal arbeitet? Alle reden von Gemeinsam, nur was passiert? Die Ausschüsse sind nun gebildet. Bevor nun die ersten Ausschüsse tagen, fragen sich schon einige, war das wirklich vernünftig? Brauchen wir wirklich die sieben Ausschüsse, die Zuteilung der Sachbearbeiter am Gemeindeamt und auch der Referenten macht die Sache nicht einfacher. Es wird sich weisen. Was nun die Verordnung über die Referenten betrifft, wiederholt sich das Spiel der Parteien scheinbar wieder. Nachdem mir nicht klar ist, ob alle Gemeinderäte sich darüber im Klaren sind, warum es 2 Anträge für die Verordnung gibt. Der erste Vorschlag – alle Referate werden zwischen Bürgermeister und den beiden Vizebürgermeistern aufgeteilt – entspricht der Vorgangsweise unserer bisherigen Referatzuteilungen der Marktgemeinde Maria Saal. Unsere Gemeinde ist in den letzten Jahren nicht wirklich gewachsen, in den Ausschüssen wurde schon auf 7/7 erhöht, daher ist es völlig ausreichend, wenn es bei 3 Referenten bleibt. Dem Wunsch von Vizebürgermeister Poscharnig wurde explizit nachgekommen, dass er das Finanzreferat bekommt. Alle anderen Aufteilungen entsprechen der alten Verordnung. In Parteienverhandlungen wurden allen Fraktionen mitgeteilt, dass eine Aufteilung auf 3 Referate jährlich um ca. 15.000 Euro billiger ist. Beim von der ÖVP eingebrachten Vorschlag wird die Referatzuständigkeit auf alle 6 Vorstandsmitglieder aufgeteilt. Neben Mehrkosten in der Höhe von geschätzten 15.000 Euro für die Referenten, entstehen auch für die Ausschüsse und Gemeinde jede Menge Abstimmungs- und Koordinationsaufwand, der mit 3 Referenten nicht gegeben ist. Die erhöhten Aufwendungen für die Referentenausgaben sind in keiner Weise wirtschaftlich vertretbar und daher aus unserer Sicht abzulehnen. Ich möchte nochmals bestärken – wir haben fünf Fraktionen und nicht nur drei – eine gemeinsame Politik für Maria Saal sieht anders aus. Für uns ist klar und daran halten wir uns selbstverständlich, dass es in einer Demokratie Mehrheitsbeschlüsse gibt. Uns wird im Zuge der Vorgehensweise der ÖVP, der Bürgerliste Zwischenberger und

der GRÜNEN jedoch immer wieder vor Augen geführt, dass es oft kein Interesse an GEMEINSAMEN Anträgen und einstimmigen Beschlüssen gibt. Der heute eingebrachte Verordnungsentwurf für 6 Referenten bestätigt dies wieder. Er wurde nicht von allen Fraktionen unterzeichnet, wird jedoch wohl eine mehrheitliche Zustimmung finden. Weniger erfreulich ist jedoch, der Weg, der in diesem Zusammenhang beschritten wird. Von einer Politik der Sparsamkeit wird wieder deutlich Abstand genommen. Der Beschluss über die 7 Ausschüsse und den Mehrkosten in der Höhe von 10.000 Euro pro Jahr Gemeinden wird nochmals mit weiteren ca. 15.000 Euro für die Aufteilung auf 6 Referenten erhöht. Somit werden durch diese 2 Beschlüsse, Ausschussbildung und Referatsaufteilung Mehrkosten in der Höhe von 25.000 Euro pro Jahr bzw. 150.000 Euro für 6 Jahre verursacht. Wir befinden uns in einer herausfordernden Zeit, in der ganz besonders die Prinzipien der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit im Fokus stehen müssen. Daraus resultiert eine für uns durchwegs legitime Fragestellung, nämlich, wodurch dieser zusätzliche politische Verwaltungsaufwand in der vorliegenden Größenordnung, der durch die Erhöhung der Anzahl an Ausschüssen und deren Mitglieder entsteht, legitimiert wird. Diese Frage bleibt wohl offen im Raum stehen und kann von niemandem beantwortet werden. Die klare Botschaft an die ÖVP, Bürgerliste Zwischenberger und die der GRÜNEN lautet für uns: Wir arbeiten für unsere Gemeinde, nach dem Prinzip des Miteinanders, aber auch mit einem Blick auf den sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern. Persönliche Befindlichkeiten haben für uns in der Gemeindepolitik keinen Platz und müssen hintenangestellt werden. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf für Aufteilung auf 6 Referenten wurden diesen Prinzipien leider wieder nicht Rechnung getragen. Kein guter Start in eine Zukunft, in der alle Fraktionen ursprünglich signalisiert haben, gemeinsam das Beste für Maria Saal zu wollen. Wir als Bürgermeisterfraktion haben von Beginn an unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit klar angeboten. Dieses Angebot wurde leider zurückgewiesen und jegliche Zusammenarbeit wurde explizit verweigert! Parteipolitik steht bei den Fraktionen ÖVP, der Bürgerliste Zwischenberger und den GRÜNEN offensichtlich noch hoch im Kurs. Wir als Bürgermeisterei werden dem Verordnungsentwurf für 6 Referenten (so wie auch der Bildung für die 7 Ausschüsse) nicht zustimmen, da das Prinzip der Sparsamkeit aufgrund der anfallenden Mehrkosten definitiv nicht gegeben ist. Inwieweit sich jeder Referent mit dieser Aufteilung „gleich“ einbringt, soll und kann sich jeder Gemeinderat selbst ein Bild dazu machen. Interessanterweise wurde von der SPÖ die Themen Sport, Familie, Kindergarten, Schule abgezogen, die Arbeitspakete Straßen, Wasser, Kanal, Müll, bleiben in der Verantwortung der SPÖ. Das Thema Friedhof wurde wohl bewusst an die SPÖ übertragen, scheinbar war der bisherige Referent Poscharnig in der Sache überfordert. Was die restlichen Themen betrifft, so kann man sagen, dass nun 3 Referenten die Tätigkeitsbereiche des bisherigen ersten Vizebürgermeisters ausüben. Frei nach dem Motto Gemeinsam aufgeteilt mit entsprechenden Mehrkosten. Wir hoffen, dass zukünftig eurerseits das Gemeinsame mehr in den Vordergrund rückt, denn schließlich sind wir dies unseren Maria Saalerinnen und Maria Saalern gegenüber verpflichtet. Herzlichen Dank für die Ihre Aufmerksamkeit.

1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig: Zu deiner Wortmeldung Herr Vizebürgermeister Karsten Steiner. Wir haben sieben Mandate im Gemeinderat und nicht sechs, wie die SPÖ, da die Mehrzahl der Wähler die ÖVP gewählt haben und wenn die SPÖ andere Parteien in Verhandlungen nicht für sich gewinnen kann, dann hat das nichts mit Parteipolitik zu tun. Ich frage mich wie du zu deinen Berechnungen kommst, diese sind für mich absolut nicht

nachvollziehbar. Wir haben ebenso Berechnungen durchgeführt und wir sind weit von deinen entfernt. Wenn ich mir die Kompetenzen der einzelnen Gemeindevorstände ansehe, glaube ich, dass wir im Sechserpack weit mehr erreichen werden als würde man dies zu dritt stemmen. Egal in welchem Bereich, jedes Mitglied des Gemeindevorstandes weist langjährige Kompetenzen auf. Auch die FPÖ stimmt für unseren Antrag – so muss man sich fragen, wer ist eigentlich der Geisterfahrer auf dieser Straße?

GV Heinz Christian Hammerschlag: Die Abstimmung ging bereits einmal 17/6 aus, heute wird's das zweite Mal sein. In Bezug auf den früheren Bericht mit Herrn LR Ing. Daniel Fellner, darf ich anmerken, dass es „gemeinsam“ hieß – und die einzigen die nicht „gemeinsam“ sind, seid ihr.

GRⁱⁿ Ruth Andrea Gerl MSc MEd: Ich glaube es ist entbehrlich schon wieder in der Vergangenheit zu verweilen und Themen ewig mitzuschleppen. Es ist legitim und demokratisch, dass mehrere Vorschläge eingebracht werden, die eine Mehrheit brauchen. Es ist untergriffig gegen Personen, die da sind. Ich möchte auch feststellen, dass die Grünen zur Sitzung 06. April, die dann abgesagt wurde, nicht eingeladen waren – so viel zu „gemeinsam“.

GRⁱⁿ Mag.a Angelika Granitzer: Ich bin ja neu dazugestoßen und bin völlig unbelastet zur ersten Sitzung mit der SPÖ gegangen und muss dem Herrn 2.Vzbgm. sagen, dadurch, dass man Lügen vier- oder fünfmal wiederholt werden sie nicht wahr. Die erste Lüge war, die du heute zwar nicht wortwörtlich gesagt hast, jedoch das letzte Mal und in eurer Aussendung, dass es einzigartig in Kärnten wäre sieben Ausschüsse und sieben Mitglieder zu haben. Das stimmt so nicht, es gibt mehrere Gemeinden in Kärnten in denen es aufgrund der politischen Situation so ist, ich verweise auf Bad St. Leonhard oder Millstatt. Die zweite Lüge, die du auch vorgebracht hast, ist, dass die SPÖ ganz uneigennützig auf vieles verzichtet hätte, stimmt so auch nicht. In diesem ersten Gespräch war der erste Wunsch „bitte sieben Ausschussmitglieder“ damit die FPÖ auch mitwirken kann. Dem haben wir zugestimmt. Auf meine Frage hin, ob wir dann wenigstens bei den fünf Ausschüssen bleiben, indem die SPÖ und die ÖVP verzichten, ist ein ganz klares Nein vom 2.Vzbgm. gekommen. Er hat in einer halben Stunde dreimal den d'Hondtsche Rechner erwähnt, der ausrechnet was der SPÖ alles zusteht und hat uns ganz klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass die SPÖ nicht bereit ist auf irgendetwas zu verzichten und ich halte es für sehr unverfroren solche Behauptungen, überhaupt in einer Aussendung, aufzustellen, denn alle, die in der Sitzung waren, können bestätigen das dem so nicht ist. Und gemeinsam bedeutet für mich auf alle Mitglieder des Gemeindevorstandes aufgeteilt.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge dem vorliegenden Verordnungsentwurf des Team Klaus Poscharnig - ÖVP Maria Saal über die Referatsaufteilung gem. § 69 – K-AGO zustimmen.

**17/6 Mehrheitsbeschluss
(ÖVP, BL, Grüne, FPÖ dafür
SPÖ dagegen)**

5. Bestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes der Ortsbildpflegekommission gem. § 11 des Kärntner Ortsbildpflegegesetzes 1990 – K-OBG

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist vom Gemeinderat aus dem Kreis der Personen, die mit den Fragen der Ortsbildpflege in der Gemeinde besonders vertraut sind, auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates ein nichtständiges Mitglied und ein Ersatzmitglied der Ortsbildpflegekommission zu bestellen.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass gemäß § 11 des Kärntner Ortsbildpflegegesetzes 1990, LGBl. Nr. 32/1990 als Mitglied der Ortsbildpflegekommission GR Michael Schmid und als Ersatzmitglied Ruth Andrea Gerl MSc MEd für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates bestellt werden.

Einstimmiger Beschluss

6. Bestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes der Grundverkehrskommission gem. § 11 des Kärntner Grundverkehrsgesetzes 2002 – K-GVG

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist vom Gemeinderat ein in Kärnten selbstständig erwerbstätiger Landwirt als Mitglied und ein Ersatzmitglied der Grundverkehrskommission zu bestellen.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass gemäß § 11 des Grundverkehrsgesetzes 2002, K-GVG, idgF, als Mitglied der Grundverkehrskommission Josef Aberger und als Ersatzmitglied Thomas Jordan für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates bestellt werden.

Einstimmiger Beschluss

7. Bestellung der Mitglieder der Schlichtungsstelle für Wildschadensangelegenheiten gem. § 77 Kärntner Jagdgesetz 2000 - K-JG

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist vom Bürgermeister die Schlichtungsstelle für Wildschadensangelegenheiten bestehend aus drei Mitgliedern einzurichten. Der Bürgermeister bestellt Herrn Josef Krammer (Jägerschaft), GR Ing. Kurt Mattersdorfer (Ausschuss für Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft) und Michael Schmid (Jagdverwaltungsbeirat) als Mitglieder und Franz Dobernig (Jägerschaft), GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag (Ausschuss für Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft) und Thomas Jordan (Jagdverwaltungsbeirat) als Ersatzmitglieder.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Herr Josef Krammer (Jägerschaft), GR Ing. Kurt Mattersdorfer (Ausschuss für Angelegenheiten der Land- und

Forstwirtschaft) und Michael Schmid (Jagdverwaltungsbeirat) als Mitglieder und Franz Dobernig (Jägerschaft), GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag (Ausschuss für Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft) und Thomas Jordan (Jagdverwaltungsbeirat) als Ersatzmitglieder bestellt werden.

Einstimmiger Beschluss

8. Mitglieder des Beirates der Maria Saaler Beteiligungs- und Infrastruktur GmbH

Der Beirat dient der Unterstützung und Kontrolle der Geschäftsführung. Er besteht aus Mitgliedern und Ersatzmitgliedern. Diese Mitglieder und Ersatzmitglieder setzen sich aus den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde Maria Saal und einem Mitglied und Ersatzmitglied der Gemeinderatspartei, die im Gemeindevorstand nicht vertreten ist, zusammen.

Mitglieder der Maria Saaler Beteiligungs- und Infrastruktur GmbH:

Beiratsvorsitzender	Bgm. Franz Pfaller
Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig	Ersatz: GR Rainer Greilberger
GV ⁱⁿ Mag. ^a Christine Wernig LL.M.	Ersatz: GR Franz Schöffmann, BSc
2.Vzbgm. Ing. Karsten Steiner	Ersatz: GR ⁱⁿ Mag. ^a Bronwen Arbeiter-Weyrer, Bakk.
GV Mag. Hans Jörg Zwischenberger	Ersatz: GR Ing. Kurt Mattersdorfer
GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag	Ersatz: GR ⁱⁿ Ruth Andrea Gerl, MSc MEd
GR Josef Krammer	Ersatz: GR Thomas Gratzer

Die soeben genannten Mitglieder des Beirates der Maria Saaler Beteiligungs- und Infrastruktur GmbH gelten somit als bestellt.

9. Bestellung eines Vertreters und Ersatz für den Abfallwirtschaftsverband Klagenfurt

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind vom Gemeinderat der Vertreter und der Stellvertreter beim Abfallwirtschaftsverband zu bestellen.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass gemäß § 52 der Kärntner Abfallwirtschaftsordnung 2004 – K-AWO als Vertreter 2.Vzbgm. Ing. Karsten Steiner (Referent) und als dessen Stellvertreterin Frau Ruth Andrea Gerl MSc MEd (Umweltausschussobfrau) bestellt werden.

Einstimmiger Beschluss

10. Bestellung eines Vertreters und Ersatz für den Wasserverband Wörthersee Ost

Gemäß den Satzungen muss die Gemeinde durch den Bürgermeister und einem weiteren, von der Mitgliedsgemeinde nachweislich bevollmächtigten Mitglied des Gemeinderates (+ Stv. der beiden) vertreten werden.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass gemäß § 3 der Satzungen des Wasserverbandes Wörthersee-Ost als 1. Vertreter der Marktgemeinde Maria Saal der Bürgermeister Franz Pfaller und als dessen Stellvertreter GR Franz Schöffmann, BSc (Wasser- und Kanalausschussobmann), sowie als 2. Vertreter der Marktgemeinde Maria Saal 2.Vzbgm. Ing. Karsten Steiner (Referent) und als dessen Stellvertreter 1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig bestellt werden.

Einstimmiger Beschluss

11. Einverständnis der Kontaktdatenweitergabe der Gemeinderatsmitglieder

Aufgrund vermehrter Anfragen und um eine Vernetzung der Gemeinderatsmitglieder zu ermöglichen wird im Zuge dieser Gemeinderatssitzung um Zustimmung der Kontaktdatenweitergabe mittels Handzeichen der einzelnen Gemeinderatsmitglieder ersucht. Die Datenweitergabe erfolgt ausschließlich unter den Gemeinderatsmitgliedern.

Der Bürgermeister Franz Pfaller ersucht die Gemeinderatsmitglieder um Zustimmung mittels Handzeichen.

Alle anwesenden Gemeinderatsmitglieder stimmen der Weitergabe der Kontaktdaten innerhalb des Gemeinderates zu.

12. Vorratsbeschluss Vertretung Landesverwaltungsgericht

Für das Rechtsmittelverfahren vor dem Landesverwaltungsgericht ist ein so genannter „Vorratsbeschluss“, in welchem bereits sichergestellt ist, dass eine bestimmte Person als Vertreter der Marktgemeinde Maria Saal namhaft gemacht wird.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass für den Fall der Einbringung einer Beschwerde gegen den gegenständlichen Bescheid im Fall einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht Kärnten in gegenständlicher Angelegenheit die Marktgemeinde Maria Saal durch die AL-Stv.ⁱⁿ Frau Sabrina Hedenig, bei ihrer Verhinderung durch Frau FVⁱⁿ Mag.^a Sarah Jannach, zur Wahrnehmung der Parteienrechte die Marktgemeinde Maria Saal vertreten.

Einstimmiger Beschluss

13. Angelegenheiten des Ausschusses für die Kontrolle der Gebarung

GR DI Dieter Fleißner: Es gibt eine Toleranzfrist für die Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses bis Ende Mai. Die Prüfung vom Land wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt, so wurde der Rechnungsabschluss 2020 erst heute freigegeben. Der Kontrollausschuss wird eine Anfrage an den zuständigen Sachbearbeiter beim Land Kärnten stellen, um zu erfragen wieso die Marktgemeinde Maria Saal erst so spät geprüft wurde und so in Terminnot gerät. Der Kontrollausschuss hat den Rechnungsabschluss geprüft und empfiehlt dem Gemeinderat den Rechnungsabschluss zur Kenntnis zu nehmen.

Frau GRⁱⁿ Mag.^a (FH) Barbara Kothmiller-Uhl wurde zur Stellvertreterin des Ausschussobmannes bestellt.

14. Änderung der Zeichnungsberechtigungen

Durch den Bürgermeisterwechsel ist es notwendig die Zeichnungsberechtigungen für sämtliche Konten zu ändern.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

**Der Gemeinderat möge zustimmen, dass die Zeichnungsberechtigung sämtlicher Konten von MMst. Anton Schmidt auf Franz Pfaller geändert werden.
Einstimmiger Beschluss**

15. Eröffnungsbilanz 2020 – Anpassungen

Die FVⁱⁿ Mag.^a Sarah Jannach erläutert dem Gemeinderat die Anpassungen der Eröffnungsbilanz 2020.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

**Der Gemeinderat möge den Anpassungen der Eröffnungsbilanz 2020 zustimmen.
Einstimmiger Beschluss**

16. Rechnungsabschluss 2020

Die FVⁱⁿ Mag.^a Sarah Jannach erläutert dem Gemeinderat den Rechnungsabschluss 2020. Der Rechnungsabschluss wurde auf der Gemeindehomepage veröffentlicht. Der Rechnungsabschluss wurde mit 26.05.2021 seitens der Abt.3/AKL freigegeben.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

**Der Gemeinderat möge den Rechnungsabschluss 2020 wie soeben vorgetragen zur Kenntnis nehmen.
Einstimmiger Beschluss**

17. Finanzierungsplan ABA BA 22 (div. Erschließungen)

Die FVⁱⁿ Mag.^a Sarah Jannach erläutert dem Gemeinderat den Finanzierungsplan ABA BA 22. Der Finanzierungsplan liegt dem Amtsvortrag bei.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge den Finanzierungsplan ABA BA 22 (div. Erschließungen) wie soeben vorgetragen beschließen.

Einstimmiger Beschluss

18. Tarifierung Kindergarten Maria Saal

Gemäß Schreiben vom 25.01.2021 des Hilfswerks Kärnten sollen die Tarife im Kindergarten Maria Saal um 2,5% valorisiert werden. Weiters soll hier beschlossen werden, dass für Kinder, deren Hauptwohnsitz nicht die Marktgemeinde Maria Saal ist, ein Zuschlag von EUR 29,90 verrechnet wird (die gleiche Handhabung gibt es bereits in der KITA).

Im Gemeindevorstand wurde festgehalten, dass der neue Ausschuss sich mit der Thematik Preisunterschied zwischen Halbtages- und Ganztagesplatz beschäftigen soll.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge einer Valorisierung in der Höhe von 2,5% der Tarife des Kindergartens zustimmen. Weiters soll mit der neuen Betreuungsvereinbarung beschlossen werden, dass für Kinder, deren Hauptwohnsitz nicht in der Marktgemeinde Maria Saal liegt, ein Zuschlag von EUR 29,90 monatlich verrechnet wird. Die Anpassung gilt ab dem Bildungsjahr 2021/22.

Einstimmiger Beschluss

19. Tarifierung Kindertagesstätte Maria Saal

Gemäß Schreiben vom 25.01.2021 des Hilfswerks Kärnten sollen die Tarife in der Kindertagesstätte Maria Saal um 2,5% valorisiert werden.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge einer Valorisierung in der Höhe von 2,5% der Tarife der Kindertagesstätte zustimmen. Die Anpassung gilt ab dem Bildungsjahr 2021/22.

Einstimmiger Beschluss

20. Zusatzvereinbarung zum Wasserliefervertrag WG St. Michael/Zollfeld

Der vorliegende Zusatz zum Wasserliefervertrag abgeschlossen zwischen der WG St. Michael/Zollfeld und der Marktgemeinde Maria Saal wurde nun von beiden Seiten freigegeben.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge der vorliegenden Zusatzvereinbarung zum Wasserliefervertrag abgeschlossen zwischen der WG St. Michael am Zollfeld und der Marktgemeinde Maria Saal zustimmen.

Einstimmiger Beschluss

21. Änderung des Flächenwidmungsplanes 04/2020 (Hubert Greiner)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

22. Änderung des Flächenwidmungsplanes 02/2017 (Römisch-katholische Pfarrkirche St. Michael/Zollfeld)

Umwidmung des Grundstückes Parz. Nr. 97/1 z.T., KG St. Michael am Zollfeld (72169), von Grünland – Für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche; Ödland in Bauland – Wohngebiet im Gesamtausmaß von 2.200 m².

Die positive Vorprüfung (mit Auflagen) vom Amt der Kärntner Landesregierung, Unterabteilung Fachliche Raumordnung, liegt vor.

Die Kundmachung Zahl: 0313/4/2017/FläWi wurde vom 7.11.2017 bis einschließlich 5.12.2017 kundgemacht und es wurden keine Einwendungen eingebracht.

Bezugnehmend auf die Stellungnahmen der ÖBB-Immobilienmanagement GmbH vom 19.11.2017 bzw. 3.10.2018 wird festgehalten, dass sich die Umwidmung Pkt. 02/2017 nicht im Gefährdungsbereich der 110 kV-Bahnstromleitung UW St. Veit an der Glan – KW Annabrücke befindet.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge dem Umwidmungsansuchen 02/2017, Umwidmung des Grundstückes Parz. Nr. 97/1 z.T., KG St. Michael am Zollfeld (72169), von Grünland – Für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche; Ödland in Bauland – Wohngebiet im Gesamtausmaß von 2.200 m² die Zustimmung erteilen und gleichzeitig die Vereinbarung für die Sicherung der widmungsgemäßen Verwendung und Sicherstellung der Bebauungsverpflichtung innerhalb von fünf Jahren und die Vereinbarung über den Ersatz von sämtlichen Aufschließungskosten beschließen.

Einstimmiger Beschluss

Top **23. Schenkungsvertrag KPG Kollitsch, Übernahme ins öffentliche Gut, Verordnung** wird in die Tagesordnung aufgenommen

Für die Übernahme ins öffentliche Gut liegt ein Schenkungsvertrag sowie eine Verordnung vor. An dieser Stelle wird festgehalten, dass die Vereinbarung betreffend die Aufschließungs- und Errichtungskosten sowie die Bankgarantie in der Höhe von EUR 110.000,00 vorliegt und in der Gemeinderatssitzung am 21.12.2020 beschlossen wurde.

Antrag des Bgm. Franz Pfaller an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Schenkungsvertrag abgeschlossen zwischen der KPG Kollitsch GmbH und der Marktgemeinde Maria Saal - öffentliches Gut und weiters die vorliegende Verordnung über die Übernahme in das öffentliche Gut beschließen.

Einstimmiger Beschluss

Punkt **24 Richtigstellung der Tagesordnung** wurde vor dem Tagesordnungspunkt 3 behandelt

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von den GRÜNEN Maria Saal

Dass es im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung auch möglich wird, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bzw. Gemeindevorständinnen und Gemeindevorstände digitalen Zugang zu den vorbereiteten Unterlagen erhalten. Begründung: Da die Mappen mit den vorbereiteten Unterlagen für den GV bzw. GR nur eine Woche lang und nur während der Amtsstunden einsehbar sind, ist die Vorbereitung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte oftmals eher dürftig. Ein digitaler Zugang zu den Unterlagen vervielfacht die Möglichkeiten der Vorbereitung und führt bestimmt zu effektiverer Arbeit in der Gemeindegremien.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Gemeindevorstand zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von den GRÜNEN Maria Saal

Die vier Termine der Sitzungen des Gemeinderates für ein ganzes Jahr festzulegen. Und festzulegen, dass zehn Tage vor der Gemeinderatssitzung eine Sitzung des Gemeindevorstands stattzufinden hat. Begründung: Die Festlegung der Sitzungstermine für ein Jahr, was in vielen Gemeinden aus gutem Grund übliche Praxis ist, hat für alle Beteiligten nur Vorteile. Die Planbarkeit der Ausschusssitzungstermine wird ebenso erleichtert wie die Organisation der Anwesenheit der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bzw. deren Vertretungen.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Gemeindevorstand zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von den GRÜNEN Maria Saal

Dem Schriftsteller Peter Turrini die Maria Saaler Ehrenbürgerschaft zu verleihen und eine Straße oder einen Platz nach ihm zu benennen. Begründung: Peter Turrini zählt zu den bekanntesten österreichischen Schriftstellern der Gegenwart. Er gilt als „Klassiker der Moderne“. Sein Oeuvre umfasst Epik, Lyrik, Filmarbeit und vor allem Dramatik. Seine Theaterstücke sind in über 30 Sprachen übersetzt und werden weltweit gespielt. Peter Turrini ist in Maria Saal aufgewachsen, hat hier die Schule besucht und ist

von hier aus nach Klagenfurt an die Handelsschule gefahren. Hier in Maria Saal, genauer gesagt am Tonhof, wurden die ersten Weichen für sein späteres künstlerisches Schaffen gestellt. Maria Saal, als Ort seiner Kindheit und Jugend, ist in seinem Werk immer wieder präsent. Mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft (bzw. Benennung Platz/Straße) an Peter Turrini bezeugt die Marktgemeinde einerseits ihren Respekt vor dessen Weltkarriere und schmückt sich andererseits selbst mit dem „großen Sohn“. Die niederösterreichische Gemeinde Unterretzbach, in der Turrini derzeit lebt, hat das übrigens bereits getan.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Gemeindevorstand zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der SPÖ Maria Saal

Anpassung der Einstiegs- und Ausstiegsstellen für den täglichen Schulbus-/Gelegenheitsverkehr innerhalb des Gemeindegebietes: Die Ein- und Ausstiegstellen für den Schulverkehr/Gelegenheitsverkehr wurden vor Jahren seitens der Marktgemeinde Maria Saal mit dem Busunternehmen festgelegt. Seitens der Bevölkerung gibt es vermehrt Anfragen (z.B. Bereich Wrießnitz und Karnburg), diese auf aktuelle Gegebenheiten (Schülersituation, Schulwege, Wohnort, Straßenzüge) anzupassen. Daher stellen wir den Antrag basierend auf den Anregungen der Bevölkerung, GEMEINSAM die Route, die definierten Ein- und Ausstiegsstellen für den täglichen Schulbusverkehr/Gelegenheitsverkehr innerhalb des Gemeindegebietes zu überprüfen und entsprechend auf die neuen Anforderungen und Gegebenheiten anzupassen. Eine Änderung mit Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022 wäre sinnvoll. Es fallen hiezu keine zusätzlichen Kosten an. Die SPÖ Gemeinderatsfraktion bittet um rasche und geschäftsordnungsmäßige Erledigung.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Ausschuss Bau- und Verkehrsangelegenheiten zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der SPÖ Maria Saal

Errichtung Bushaltestellen-Wartehaus in Karnburg: In Karnburg auf der Arnulfstraße unterhalb des Gasthauses Zwischenberger befindet sich eine öffentliche Bushaltestelle, die einerseits für den täglichen Linienverkehr der Firma Kowatsch und andererseits als Ein- und Ausstiegsstelle für den täglichen Schulverkehr zur Volksschule Maria Saal genutzt wird. Derzeit ist die Bushaltestelle ausschließlich mit einem Bushaltestellenzeichen gekennzeichnet, was bedeutet, dass jegliche Wind- und Wetterschutzmaßnahme fehlt. Ebenso existiert weder eine Sitzgelegenheit noch gibt es dort ein Wartehäuschen. Zum Schutz und zur Sicherheit vieler Schüler*innen und Benützer*innen der Öffis soll bei der Bushaltestelle unter Berücksichtigung der örtlichen Möglichkeiten ein Bushaltestellen-Wartehaus errichtet werden. Die Kosten dafür liegen je nach Ausbauvariante zwischen € 3.000 und € 10.000. Ein Machbarkeitskonzept soll erarbeitet werden, indem auf die geografischen Gegebenheiten (Straßensituation, Karnburger Bach, Einhaltung der notwendigen Abstandsregeln und Konzipierung der benötigten Flächen) Bedacht genommen wird und das Raum bietet, unterschiedliche Umsetzungsvarianten zu bewerten und zu beurteilen. Der Finanzreferent wird gebeten, die anfallenden Planungs- und der nachfolgenden Errichtungskosten des Bushaltestellen-

Wartehauses in Karnburg Oberdorf im Voranschlag bzw. des Nachtragsvoranschlages zu berücksichtigen. Die SPÖ Gemeinderatsfraktion bittet um rasche und geschäftsordnungsmäßige Erledigung.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Ausschuss Bau- und Verkehrsangelegenheiten zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der SPÖ Maria Saal

Schülertransport - Individualverkehr für Privatschule Trinity: Seit mittlerweile 7 Jahren gibt es in unserem Gemeindegebiet neben unserer öffentlichen Volksschule in Maria Saal auch die Privatschule Trinity in Stegendorf/Lind, in der pro Schuljahrgang zwischen drei bis fünf Maria Saaler Schulkinder angemeldet sind.

Der Schülertransport für die Volksschule Maria Saal führt direkt an der Volksschule Lind/Stegendorf vorbei und wäre aus unserer Sicht sinnvoll und erstrebenswert, allen unseren Maria Saaler Kindern einen Schülertransport zu ihrer Volksschule zu ermöglichen. Der zuständige Referent/Ausschuss sollte sich mit dieser Thematik beschäftigen und bis zum Beginn des nächsten Schuljahres ein Umsetzungskonzept erarbeiten, das unter anderem folgende Punkte implizieren soll:

- Rechtliche Basis zur Benützung des Schülertransportes für Privatschulen
- Durchführung einer Bedarfserhebung
- Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes (Einbeziehung etwaiger Elternbeiträge für den Schülertransport zur Privatschule).

Wir stellen als SPÖ Fraktion den Antrag, den Schülertransport für Maria Saaler Kinder zur und von der Privatschule Trinity zu ermöglichen. Mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme wird auch zusätzlich, der private, individuelle Autoverkehr reduziert werden, ohne dass zusätzliche Kosten für die Gemeinde anfallen. Die vorhandenen Ressourcen könnten effizienter eingesetzt werden. Die SPÖ Gemeinderatsfraktion bittet um rasche und geschäftsordnungsmäßige Erledigung.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem für Familien, Soziales, Bildung und Gesundheit samt deren Einrichtungen.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der BL Maria Saal

Stationäre Geschwindigkeitsanzeigen im Bereich der L71a Ortseinfahrt Karnburg und Sagrad: Ich stelle im Auftrag und Namen der BL Maria Saal - Team Hans Jörg Zwischenberger den Antrag, die Gemeinde möge an die Straßenmeisterei des Landes Kärnten herantreten, stationäre Geschwindigkeitsanzeigen vor der Ortstafel Karnburg von Sagrad kommend und vor der Ortschaft Sagrad von Pörschach am Berg kommend zu errichten. Ich bitte, diesen Antrag dem Ausschuss für Bau- und Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung und in weiterer Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Ausschuss Bau- und Verkehrsangelegenheiten zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der BL Maria Saal

Ortsentwicklung mit Bürgerbeteiligung – Feuerwehr – Gemeindeamt - Ärzte – betreubares Wohnen: Ich stelle im Auftrag und Namen der BL Maria Saal – Team Hans Jörg Zwischenberger den Antrag, der Gemeinderat möge ein Projekt Ortsentwicklung und Dorfbelebung mit Bürgerbeteiligung (am Beispiel der Gemeinde Ossiach) beschließen und in Auftrag geben. Ein Projektteam soll Maria Saal mit professioneller Begleitung und mit Bürgerbeteiligung leiten und die Entscheidungsfindungen, wie Maria Saal im Jahr 2030 aussehen soll unterstützen. Das Feuerwehrhaus der Ortsfeuerwehr Maria Saal muss auf Grund des Alters und zukünftiger Anforderungen erneuert werden. Parallel dazu stellt sich die Frage, inwieweit die Sanierung des Gemeindeamtes (kostenintensive Sanierungsarbeiten) sinnvoll ist, da es letztendlich immer eine suboptimale Lösung bleibt. Es drängt sich auch die Frage auf, was mit den Skreinigstahl geschehen soll. Feuerwehrzentrum, Kulturstadel oder Co-Working Space. Zudem stellt sich die Frage, ist es sinnvoll für einen zukünftigen Zahnarzt eine barrierefreie Praxis im Erdgeschoss zu ermöglichen. In diesem Entwicklungsprozess sollen auch die Dörfer nicht außer Acht gelassen werden. Die wachsende Bevölkerung in Karnburg dängt auch die Frage auf, eine Kindertagesstätte dezentral zu errichten. In Summe soll die Ortsentwicklung Antworten auf das geben, was die Mehrheit der Maria Saalerinnen sich wünscht. Eine adäquate auf zukünftige Anforderungen ausgerichtete Unterbringung der Freiwilligen Feuerwehr Maria Saal ist ebenso notwendig, wie die Errichtung von Seniorenwohnungen. Betreubares Wohnen als Chance für unsere Senioren, möglichst lange in ihrer Heimatgemeinde bleiben zu können. Ich bitte, diesen Antrag dem Ausschuss für Recht, Personal, Orts- und Regionalentwicklung, Zivilschutz, Feuerwehr und Kultur zur Vorberatung und in weiterer Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Ausschuss für Recht, Personal, Orts- und Regionalentwicklung, Zivilschutz, Feuerwehr und Kultur zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der BL Maria Saal

Kinderspielgeräte St. Michael: Ich stelle im Auftrag und Namen der BL Maria Saal – Team Hans Jörg Zwischenberger den Antrag, der Gemeinderat möge den Kinderspielplatz in St. Michael mit einer Grundausstattung an Spielgeräten ausstatten. In St. Michael wurde von der Pfarre ein Spielplatz für Kinder zur Verfügung gestellt. Seitens der Gemeinde wurde versprochen, den Kinderspielplatz mit Spielgeräten auszustatten. Bis heute wurde dieses Versprechen nicht eingehalten. Ich bitte, diesen Antrag dem Ausschuss für Familien, Soziales, Bildung und Gesundheit samt deren Einrichtungen zur Vorberatung und in weiterer Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem für Familien, Soziales, Bildung und Gesundheit samt deren Einrichtungen.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der ÖVP Maria Saal

Sanierung des Straßenabschnittes Dellach/Karnburg Richtung Stegendorf: Der Straßenabschnitt Dellach/Karnburg nach Stegendorf befindet sich in einem äußerst desolaten Zustand. Im Jahr 2020 wurde diese Straße zur Sanierung vorgesehen, indem diese neu asphaltiert werden sollte. Ein Konzept dafür wurde bereits im Jahr 2020 dem Gemeindeamt vorgelegt. Daher wird folgender selbständige Antrag an den Gemeinderat gestellt: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Straßenabschnitt Dellach/Karnburg Richtung Stegendorf asphaltiert und ein entsprechender Finanzierungsplan erstellt wird.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Ausschuss Bau- und Verkehrsangelegenheiten zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der ÖVP Maria Saal

Konzept zur Spielplatzerrichtung im Gemeindegebiet Maria Saal: Die Nachfrage an Spielplätzen im Gemeindegebiet ist sehr hoch. Damit eine gerechte und faire Errichtungen von Spielplätzen in den Ortschaften mit einem entsprechenden Kinderanteil gegeben ist, wäre die Erstellung eines langfristigen Konzeptes notwendig und sinnvoll. Daher wird folgender selbständige Antrag an den Gemeinderat gestellt: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass für ein langfristiges Konzept für eine geeignete Spielplatzerrichtung ausgearbeitet und auch umgesetzt wird

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem für Familien, Soziales, Bildung und Gesundheit samt deren Einrichtungen.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der ÖVP Maria Saal

Langfristiges Konzept für eine gerechtere Gebührenfestsetzung: Nach der derzeitigen Situation ist der den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde betreffende Gebührenhaushalt im Vergleich zu anderen Gemeinden derart, dass die Bürger der Gemeinde eine enorm hohe Gebührenlast trifft. Maria Saal zählt zu den Gemeinden mit den höchsten Gebührensätzen in den Bereichen Müll, Kanal und Wasser. Daher wird folgender selbständige Antrag an den Gemeinderat gestellt: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass für ein langfristiges Konzept für eine gerechtere Gebührenfestsetzung betreffend die Gebühren, welche in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallen, geeignete Vorkehrungen getroffen und Maßnahmen umgesetzt, ohne dass es zu einer sachgerechten Verteuerung für die Gemeindebürger kommt.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem für Finanzen, Wohnungsvergaben und Wohnbau, Friedhof zu.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der ÖVP Maria Saal

Platzangebot Kindergarten und Kindertagesstätte: Nach der derzeitigen Situation sind zu wenige Plätze für Kinder von Maria Saal für den Kindergarten, Kindertagesstätte vorhanden und gibt es nur Pläne für eine befristete Interimslösung. Nachdem davon auszugehen ist, dass in den nächsten Jahren noch mehr Eltern von Kindern des Gemeindegebiets Maria Saal diese Leistungen in Anspruch nehmen werden, bedarf es dringend eines konkreten Plans, wie zukünftig die Plätze für die angeführten Einrichtungen für Kinder von Eltern deren Hauptwohnsitz in Maria Saal ist, gewährleistet werden kann und wie dieser Plan effizient, ökonomisch und im Sinne der Bürger von Maria Saal zeitnah umgesetzt werden kann. Daher wird folgender selbständige Antrag an den Gemeinderat gestellt: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass geeignete Maßnahmen gesetzt werden, dass in der Zukunft hinreichend freie Plätze für alle Kinder von Maria Saal, deren Eltern ihren Hauptwohnsitz im Gemeindegebiet haben, für den Kindergarten, und für die Kindertagesstätte, welche diese in Anspruch zu nehmen wünschen, zur Verfügung stehen und dass Maria Saal auch davon profitieren kann, dass Kinder von auswärts, sohin Kinder, deren Eltern ihren Hauptwohnsitz außerhalb vom Gemeindegebiet Maria Saal haben, welche im Gemeindegebiet einer Beschäftigung oder dergleichen nachgehen oder dies für ihre Kinder wünschen – in eben dieser Reihenfolge – einen Platz in einer Kindereinrichtungsstätte nach Möglichkeit erhalten können.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem für Familien, Soziales, Bildung und Gesundheit samt deren Einrichtungen.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der SPÖ Maria Saal

Antrag auf Ernennung zum Ehrenbürger und Verleihung des Ehrenringes für Alt-Bürgermeister MMSt. Anton Schmidt: Wir stellen den Antrag, Herrn Alt-Bürgermeister MMSt. Anton Schmidt laut § 16 der K-AGO 1998 auf Grund seiner besonderen Verdienste um die Gemeinde Maria Saal zum Ehrenbürger zu ernennen und Herrn Alt-Bürgermeister MMSt. Anton Schmidt als sichtbaren Ausdruck der Ehrenbürgerschaft den Ehrenring der Marktgemeinde Maria Saal zu verleihen. Die SPÖ Gemeinderatsfraktion bittet um rasche und geschäftsordnungsmäßige Erledigung.

Der Bgm. Franz Pfaller weist diesen Antrag dem Gemeindevorstand zu.

II. Nicht öffentlicher Teil

Bgm. Franz Pfaller: Es sind sehr viele Anträge eingelangt und ich darf die Ausschüsse ersuchen, ehestmöglich mit der Ausschussarbeit zu beginnen und bald zu tagen.

Der Bgm. Franz Pfaller schließt die Sitzung um 20:30 Uhr.

1. Protokollfertiger:



GRⁱⁿ Mag.^a Silvia Schell-Sabitzer

2. Protokollfertiger:



GRⁱⁿ Mag.^a (FH) Barbara Kothmiller-Uhl

Die Schriftführerin:



Lisa Meisterl, BA

Vorsitzender



Bgm. Franz Pfaller

